

SPD setzt auf »Bündeltrasse«

Gut besuchte Info-Veranstaltung des Ortsvereins im Zunfthaus mit kontroverser Diskussion

Haslachs SPD-Ortsverein diskutierte mit dem Bundestagsabgeordneten Johannes Fechner und Interessierten die Optionen einer B-33-Umfahrung Haslachs. Deutlich wurde dabei, dass eine Tunnellösung im Kinzigvorland keine Chancen auf einen baldigen Bau hat.

VON MARTIN SCHWENDEMANN

Haslach. Die öffentliche Einladung erfolgte ins Zunfthaus, doch närrisch ging es dort am Dienstag nicht zu. Der SPD-Ortsverein hatte eingeladen, seine Position zur B-33-Umfahrung darzulegen und mit dem SPD-Wahlkreisabgeordneten Johannes Fechner zu diskutieren. Der Saal des Zunfthauses war gut gefüllt, nicht nur von Genossen, sondern auch von Mitgliedern der Tunnelinitiative und weiteren Interessierten, die das gelockt hatte.

SPD-Ortsvorsitzender und Stadtrat Herbert Himmelsbach übernahm den Part, eine »vernünftige oberirdische Lösung« vorzustellen, es gelte den 3,5 Kilometer langen Abschnitt der B33 so zu lösen, dass verschiedene Eckpunkte erfüllt seien. Unerlässlich sei Hochwasserschutz, der laut Himmelsbach ohne B-33-Pläne schwerlich vorankommen könne: »Niemand baut Dämme, ohne den künftigen Straßenverlauf auch nur ansatzweise zu kennen.«

Genauso wichtig sei eine möglichst landschaftsschonende Lösung, bei der Haslach, Bollenbach und Schnellingen



Quelle: OT 04.02.2017

SPD-Bundestagsabgeordneter Johannes Fechner und SPD-Ortsvorsitzender Herbert Himmelsbach (stehend, rechts) bei der Diskussion im Zunfthaus.

Foto: Martin Schwendemann

verkehrstechnisch nicht abgehängt werden. Zudem müsse jede vorgeschlagene Lösung auch reelle Chancen der Verwirklichbarkeit haben. Himmelsbach lehnt eine Tunnellösung, die keinerlei politische Unterstützung auf Landes- und Bundesebene habe, ab.

Unterführung im Osten

Die Kernformel, auf die Himmelsbach den Lösungsansatz der SPD-Gemeinderatsfraktion brachte, stellte er abschnittsweise als Forderungen an die Planer vor: Vollanschluss im Westen bei kürzest möglicher Brücke, größtmögliche Absenkung der zweispurigen Straße mit Schallschutz und »Bündeltrasse« im Mittelteil, schließlich eine Bahn-

und Kanalunterführung im Osten, die nicht nur Haslachs Oststadt, sondern auch die Fischerbacher vor Lärm schützen soll. Im Kosten-Nutzen-Verhältnis, dessen war sich Himmelsbach sicher, sei dies eine realistische Forderung im Vergleich zu einer deutlich teureren Tunnelvariante im Kinzigvorland.

Die Diskussion war lebhaft: Die Tunnelfreunde bezweifelten fast jeden Punkt der dargestellten Gedanken, besonders im Bereich des Hochwasserschutzes verwiesen sie immer wieder auf vermeintliche Unmöglichkeiten.

Aus der Versammlung wurde die Frage nach der Leistungsfähigkeit einer zweispurigen B33 aufgeworfen, und

immer wieder wurden Vergleiche zwischen ober- und unterirdischer Umfahrung: ob »gefühlte Sicherheit in Tunneln«, Umweltbilanz einer Brückenlösung im Vergleich zum Tunnel, Aspekte des Teilanschlusses im Osten – kaum eine Fragestellung zur Trassenführung, die nicht die bis ins Detail hinein hinterfragt wurde.

SPD-Bundestagsabgeordneter Johannes Fechner führte aus, dass das Bundesverkehrsministerium die Aufnahme von 110 Millionen Euro für einen Tunnel in den Bundesverkehrswegeplan wegen Unwirtschaftlichkeit verworfen habe, was selbst Grüne und Linke im Bundestag akzeptiert hätten. Er habe großes Verständnis für die Forderung der Stadt nach einer Tieferlage und kleinerer Ausführung der Brücken. Gegenüber dem Regierungspräsidium habe er sich immer für diese berechtigten Forderungen eingesetzt.

Zeitnahe Prüfung

Dies koste zwar sicherlich mehr, beim Lärmschutz dürfe es aber keine Abstriche geben. Derzeit werde die neue reduzierte oberirdische Variante des Regierungspräsidiums vom Bundes- und vom Landesverkehrsministerium geprüft. Fechner fordert, dass diese Prüfung zeitnah abgeschlossen wird, damit dann eine breite Diskussion in der Kommune stattfinden kann. Die politische Wahrhaftigkeit und die Erfahrung von anderen Umfahrungen erfordere es dabei festzuhalten, dass die Tunnellösung in den nächsten 40 Jahren wohl nicht kommen werde, so der Parlamentarier.